

Fachtagung am 12.–13. Mai 2022
Schloss Genshagen

Neue Relevanz des Weimarer Dreiecks im Angesicht des Kriegs in der Ukraine?



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

Tagungsresümee

Zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 schien es zunächst so, als könnte sich das Weimarer Dreieck zu einem aktiven Akteur in der Krise entwickeln. Nach einem Treffen der Präsidenten aus Polen und Frankreich sowie des Bundeskanzlers in Berlin – das noch im Vorfeld des Kriegsbeginns stattfand und die erste Zusammenkunft im Weimar-Format auf höchster politischer Ebene seit mehr als zehn Jahren darstellte – fanden in hoher Frequenz mehrere Treffen auf Fachminister-Ebene statt. Doch nur wenige Wochen später, insbesondere als klar wurde, dass die Ukraine in der Lage ist, langfristig militärischen Widerstand gegen Russland zu leisten, traten vermehrt Differenzen in den Ansätzen Deutschlands, Frankreichs und Polens zutage.

Am 12. und 13. Mai 2022 brachten die Stiftung Genshagen, die Europa-Universität Viadrina und das Centre Marc Bloch im Schloss Genshagen 40 Expert*innen aus Deutschland, Frankreich und Polen zusammen, um über die Reaktion des Weimarer Dreiecks auf die russische Invasion in der Ukraine sowie deren Auswirkungen zu diskutieren. Im Mittelpunkt der Tagung standen sowohl die außen-

politische Dimension der Krise als auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf subnationaler und insbesondere regionaler bzw. kommunaler Ebene etwa hinsichtlich des Umgangs mit der Welle von Geflüchteten nach Kriegsbeginn. Das folgende Resümee fasst einige aus den Diskussionen der Tagung hervorgegangene Impulse zusammen, die das Weimarer Dreieck mittelfristig doch zu einem Akteur werden lassen können, der in der aktuellen Krisenbewältigung, vor allem aber bei der Gestaltung der Zukunft Europas zählt.

Zeitenwende und Notwendigkeit einer Neudefinition der Ziele des Weimarer Dreiecks

Der Krieg in der Ukraine bedeutet eine Zäsur und Zeitenwende mit Blick auf den bisherigen normativen, multilateralen Konsens auf globaler Ebene. Für das schiere Ausmaß dieses Paradigmenwechsels – den Zusammenbruch fest etablierter Schutz-, Sicherheits- und Wohlstandskonzepte – ist die bisherige Reaktion unzureichend, da bislang auf eine genuin neue Herausforderung vor allem mit Mitteln „aus der alten Zeit“ reagiert wurde. Das Weimarer Dreieck kann aber dennoch eine relevante, informelle Plattform des strategischen Austauschs werden. Mit dem gebündelten Gewicht und der

vorhandenen Perspektivenvielfalt des Dreiecks kann es trotz politischer Unterschiede gelingen, neue Möglichkeiten des Dialogs, der Konsensbildung, der Krisenbewältigung und insbesondere innovative Akzente im Rahmen der EU-Integration voranzubringen.

Die Aggression Russlands hat die Ukraine, die NATO und die EU auf eine Art geeint und in ihrer Identität gestärkt, die auch für das Weimarer Dreieck umfassende Implikationen haben kann. Dieser neu geschaffene Raum für Austausch und Kooperation kann gewinnbringend für zahlreiche Themen und Formate des Zusammenwirkens genutzt werden, für die aber zunächst eine Zieldefinition und eine neue Kommunikationskultur notwendig werden.

Erneuerung des kommunikativen Kerns des Weimarer Dreiecks

Nach der Phase erheblicher Differenzen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen – etwa mit Blick auf Fragen der Rechtsstaatlichkeit – und im Lichte der neuen geopolitischen Herausforderungen bedarf es einer Intensivierung des Austauschs, einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und einer Investition in die gleichberechtigte Akzeptanz aller drei Perspektiven innerhalb des Weimarer Dreiecks. Neben dem aktiven Sondieren von Konsens- und Kooperationsmöglichkeiten müssen dabei auch die Unterschiede in den Sichtweisen und Interessen sowie die genauen Verlaufslinien von Dissens zwischen den drei Ländern ausgemessen und ständig aktualisiert werden. Unterstellungen, Vereinfachungen und Unehrligkeiten müssen im offenen und vertrauensvollen Diskurs ausgeräumt werden, als Investition in die Resilienz des kommunikativen Kerns des Weimarer Dreiecks und damit als Basis künftigen Handelns – gerade mit Blick auf sensible Fragen.

Beiträge des Dreiecks zur Neugestaltung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik

Der russische Ausstieg aus dem moralischen und normativen Mindestbestand des Multilateralis-

mus wird zur umfassenden Rekonfiguration Europas führen, und zwar mit Blick auf Allianzen, Diskurse und Herausforderungen. Parallel zum Management eines hochkomplexen Dauerkonflikts wird die gesamte Friedens- und Sicherheitsarchitektur Europas im Dialog umgearbeitet werden müssen. Dazu zählt die Neukonzeptionalisierung der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik samt Mitgliedschafts- und Zugehörigkeitskonzepten zur EU. An beiden Baustellen – dem Konfliktmanagement und dem Umbau der europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur – können die Staaten des Weimarer Dreiecks einzeln, aber gerade auch im Verbund maßgebliche Rollen einnehmen. Da andere Zukunftsthemen wie Klimaneutralität und Cybersicherheit keineswegs von der EU-Agenda verschwunden sind, bedarf es einer klaren Akzentsetzung, welche Themen am besten in den neuen Formaten des Dreiecks aufgehoben sind.

Binnenvernetzung als Basis für gemeinsames Außenhandeln

Die Ebene der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit bietet viele Möglichkeiten der Kooperation in Europa, gerade jetzt, wo neue Trennlinien innerhalb von Gesellschaften zu neuen Allianzen führen (können). Entscheidend wird insbesondere sein, den Zusammenhalt zwischen Deutschland, Frankreich und Polen auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu stärken, und zwar unter bewusster Betrachtung einer Reihe von Fragen: Was haben 30 Jahre Transformation mit uns gemacht? Welches sind die großen Narrative und Epochenbrüche – und welche Konsequenzen hatten und haben diese jeweils für die regionale Ebene? Wie sieht ein zeitgemäßes Verständnis von Transformation in Europa aus, das offen mit Brüchen, Verletzungen, Differenzen und Ambivalenzen umgeht? Und wie lässt sich dezentrale Kooperation fördern, ohne den wichtigen Charakter eines Bottom-up-Prozesses zu gefährden? Die lokale und die regionale Ebene müssen ernster genommen werden: Die dort aktiven Netzwerke brauchen keine abstrakte Politisierung, sondern lassen das Weimarer Dreieck und Europa durch konkretes Handeln leben.

Impulse und Vorschläge für die Zukunft

Die drei Staaten des Weimarer Dreiecks müssen zunächst grundsätzlich klären, ob und inwiefern sie das Forum zum ehrlichen Austragen von Dissens und Konflikt neu denken wollen. Dazu gehört auch, Differenzen in Sprache und Begriffsverständnissen offen zu thematisieren und zu überbrücken.

Mit Blick auf ihr gemeinsames Außenhandeln müssen Deutschland, Frankreich und Polen sich dringend darüber verständigen, welche konkreten Elemente sie zu einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur beisteuern können und welchen Beitrag sie zur Konkretisierung der Vision einer neuen Nachbarschaft (siehe Emmanuel Macrons Vorschlag einer „europäischen politischen Gemeinschaft“ vom Mai 2022) sowie zur Ausgestaltung der künftigen EU-Russland-Beziehungen leisten wollen. Dabei sollten punktuell auch weitere Staaten im Weimar-plus-Format in die Diskussion miteinbezogen werden, wie zum Beispiel die Ukraine hinsichtlich der Zukunft der Beziehungen der EU zur östlichen Nachbarschaft.

Zur Förderung des inneren Zusammenhalts des Weimarer Dreiecks sollte insbesondere die Relevanz lokaler und regionaler Akteure und deren Zusammenarbeit untereinander aufgewertet werden. Dazu müssen sich die entsprechenden Akteure selbst stärker engagieren und diese Initiativen umfassend gefördert werden. Die zarten Ansätze der Zusammenarbeit zwischen deutschen Bundesländern, französischen Regionen

und polnischen Woiwodschaften etwa können noch deutlich ausgebaut werden. Beispiele hierfür sind die Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen, Hauts-de-France und Schlesien sowie Rheinland-Pfalz, der Bourgogne und Oppeln. Auch das Potenzial der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene wird bislang nicht ausgenutzt. Trilaterale deutsch-französisch-polnische Städtepartnerschaften existieren zwar, allerdings nur in sehr geringer Zahl. Dabei könnten sie in kommunalpolitischen Fragen (z. B. in der Integrationspolitik) wertvolle Foren und Netzwerke darstellen, um Erfahrungen auszutauschen und Aktivitäten dezentral zu koordinieren.

Über ein stärkeres Engagement der betroffenen Akteure hinaus bedarf es aber auch einer verbesserten Anerkennung der regionalen und lokalen Kooperation durch die im Weimar-Format oft dominante nationale Ebene. Lokal- und regionalbasierte Kooperationsinitiativen müssen politisch und finanziell unterstützt werden und ihre Errungenschaften und Erkenntnisse in größerem Maße als bisher in die Debatten und Prozesse der Entscheidungsfindung zwischen den drei Regierungen einfließen.

Diese Projekt wurde gefördert von:



Auswärtiges Amt



Kontakt

Dr. Tobias Koepf
+49-3378-8059-55
koepf@stiftung-genshagen.de
@SGenshagen
@StiftungGenshagen
@stiftunggenshagen

Die Stiftung Genshagen wird gefördert von:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

